

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Jürgen Koppelin, Ulrike Flach, Otto Fricke, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Paul Klemens Friedhoff, Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Hausteil, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich Leonhard Kolb, Hellmut Königshaus, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Michael Link, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Frank Schäffler, Dr. Konrad Schily (Witten), Marina Schuster, Dr. Max Josef Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

zu der zweiten und dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2009)
- BT-Drs. 16/13000 -**

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen ist alarmierend. Dabei sind solide öffentliche Haushalte eine wichtige Grundlage für ein nachhaltiges gesamtwirtschaftliches Wachstum. Sie schaffen Vertrauen in die Fähigkeit des Staates, die Abgabenbelastung in der Zukunft zu begrenzen sowie die demografischen Belastungen der öffentlichen Finanzen zu bewältigen. Zudem sind sie ein wichtiges Fundament einer stabilitätsorientierten Geldpolitik.

Die Bundesregierung hat sich lange verweigert, die ökonomischen Fakten und insbesondere die unrealistische Einschätzung ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik einzugestehen. Wertvolle Zeit für Gegenmaßnahmen wurde vertan. Festzustellen ist, dass Wirtschaftswachstum, Arbeitslosenzahlen und Beschäftigungsentwicklung sowie Staatsdefizit und Schuldenstandsquote erheblich von den seinerzeit prognostizierten Werten abweichen.

Das Bild in der Haushaltspolitik ist durch fehlerhaftes Handeln und falsche politische Weichenstellungen geprägt. Die Haushaltskonsolidierung wurde verschleppt, Ausgaben gesteigert und Steuern erhöht. Die Bundesregierung folgte nicht dem Grundsatz, die jeweiligen Einnahmen nicht zur Grundlage lang-

fristiger Ausgaben zu machen. Generell wurde bei der Haushaltskonsolidierung nicht auf Ausgabenbegrenzung sondern einzig auf Einnahmeerhöhung in Verbindung mit massiven Steuererhöhungen gesetzt. Diese politische Vorgehensweise erweist sich als kontraproduktiv – umso deutlicher in schwierigen konjunkturellen Zeiten und notwendiger binnenwirtschaftlicher Stimulanz. Das Ergebnis dieser Haushaltspolitik lässt sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Bundesfinanzen sind desolat und die Neuverschuldung erreicht mit 47,6 Mrd. € einen historischen Höchststand.
- Das Staatsdefizit und die Schuldenstandsquote werden 2009 weit über den zulässigen Maastricht-Kriterien liegen und 2010 nach Prognosen der Deutschen Bundesbank auf bis zu 6 % (Staatsdefizit) und 80 % (Schuldenstandsquote) ansteigen.
- Die Konjunktur liegt am Boden, Deutschland befindet sich in der größten Rezession der Nachkriegszeit.
- Die Arbeitslosigkeit steigt deutlich in Richtung 4 Millionen an.
- Die Sozialkassen laufen aus dem Ruder, der Gesundheitsfonds und die Bundesagentur für Arbeit benötigen zusätzliche Mittel des Bundes.

Mit dem zweiten Nachtragshaushalt im Haushaltsjahr 2009 erreicht die Nettokreditaufnahme des Bundes mit 47,6 Mrd. € ihren vorläufigen Höchststand. Innerhalb von nur drei Monaten muss die Bundesregierung zum zweiten Mal ihre Haushaltszahlen revidieren. Damit liegt die Nettokreditaufnahme um 29,1 Mrd. € über der ursprünglich veranschlagten Nettokreditaufnahme von 18,5 Mrd. €. Die Erhöhung entspricht einer Steigerung um rd. 160 %.

Besorgnis erregend ist der haushaltspolitische Attentismus. Zusehends verschlechtert sich die Haushaltssituation des Bundes, ohne dass die Bundesregierung Antworten bzw. Maßnahmen des Gegensteuerns liefert und ergreift. Ihre einzige Antwort ist, den Schulden ihren freien Lauf zu lassen. Der Bund steht damit am Ende der Regierungszeit schlechter da als am Anfang der Koalition. Die haushaltspolitische Bilanz ist angesichts einer kumulierten Neuverschuldung von über 100 Mrd. € (ohne Einbeziehung der Sondervermögen) negativ.

Ursache hierfür sind jedoch nicht nur die Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern ebenso die maßlosen Ausgabensteigerungen der vergangenen Jahre. Im Zeitraum 2006 bis 2009 sind die Ausgaben des Bundes um 43,8 Mrd. € auf 303,2 Mrd. € angewachsen. Mit dem zweiten Nachtragshaushalt steigen die Ausgaben des Bundes für das Haushaltsjahr 2009 gegenüber 2008 um über 13 Mrd. €. Ein derartig deutlicher Aufwuchs der Ausgaben fand zuletzt Anfang der Neunziger Jahre statt und war begründet durch die Wiedervereinigung.

Die Dynamik bei den Ausgabensteigerungen hat sich damit nach 2008 nochmals verstärkt und die Haushaltssituation insgesamt verschlechtert. Zurückzuführen ist dies auf eine Vielzahl von politischen Entscheidungen. So erfolgte beispielsweise eine politisch motivierte milliardenschwere Aufstockung der Haushaltsmittel in den Gesundheitsfonds; u.a. hier zeigt sich der falsche Ansatz in der Haushaltspolitik.

Angesichts der widrigen Haushaltssituation ist es notwendig, klare Prinzipien und Zielsetzungen für die Zeit danach festzulegen. Deutschland benötigt die richtigen Strukturreformen zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums und damit letztlich zur Konsolidierung der Staatsfinanzen.

II. Der Deutsche Bundestag möge beschließen:

Der Deutsche Bundestag lehnt das Gesetz ab.

Berlin, den 1. Juli 2009

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion